



Kreisverwaltung Plön • Postfach 7 • 24301 Plön

Deutsche Bahn Projektbau GmbH  
Geschäftsleitung  
Museumsstraße 39  
22765 Hamburg

Amt Preetz-Land  
Der Amtsvorsteher

05. Okt. 2011

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft  
und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein  
Herrn Minister Jost de Jager  
Düsternbrooker Weg 94  
24105 Kiel

nachrichtlich

- Kreistagsabgeordnete des Plöner Kreistages
- Frau Bürgermeisterin der Gemeinde Kühren
- Herrn Bürgermeister der Gemeinde Wahlstorf

Plön, den 26. September 2011

**Straßenschäden im Zuge von Gleisarbeiten in den Gemeinden Wahlstorf  
und Kühren**

Sehr geehrter Herr Minister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

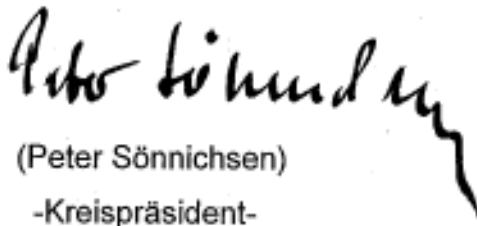
nach umfangreichen Gleisbauarbeiten an der Bahnstrecke Preetz – Plön ziehen sich die Auseinandersetzungen über eine Wiederherstellung der von den Sattelzügen verursachten Straßenschäden in beiden Gemeinden nunmehr seit 2009 hin, ohne dass es zu einer Einigung zwischen den betroffenen Gemeinden und der Deutschen Bahn AG gekommen ist.

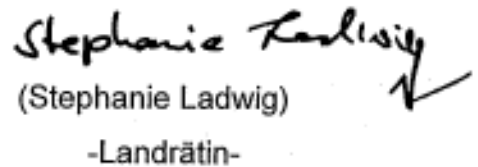
Auf Antrag der CDU-Fraktion des Plöner Kreistages ist in der Kreistagssitzung am 22. September mehrheitlich eine Resolution verabschiedet worden, in der

die Deutsche Bahn AG aufgefordert wird, ihren finanziellen Verpflichtungen zur Wiederherstellung der beschädigten Straßen nachzukommen.

Als Anlage haben wir die Resolution beigefügt und bitten Sie herzlich, sich in dem Sinne dieser Resolution für eine Lösung in der Auseinandersetzung zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

  
(Peter Sönnichsen)  
-Kreispräsident-

  
(Stephanie Ladwig)  
-Landrätin-

**Kreishaus**

Hamburger Straße 17/18, 24306 Plön  
Tel.: 04522/743-0, Internet: [www.kreis-ploen.de](http://www.kreis-ploen.de)

## Resolution

Die Deutsche Bundesbahn hat die Eisenbahnstrecke Kiel – Lübeck modernisiert und schneller gemacht. Dabei hat sie im Rahmen der Baumaßnahmen in der Region Plön von einem Landwirt eine Fläche am Ortsrand von Wahlstorf "gemietet". Dort wurden dann Altmaterialien wieder aufgearbeitet (mit Schmutz, Staub und Dreck für die Anwohner) und Unterbaumaterial und diverse andere Baumaterialien gelagert und verarbeitet.

Dies alles wurde über die Gemeindestraßen von Wahlstorf und Kühren herangefahren und abtransportiert. Dabei wurden in der Regel "40-Tonner" LKW benutzt, die die Straßen und Wege sehr stark beschädigt bzw. zerstört haben. Die Gemeinden und die die DB haben daher einvernehmlich eine Vereinbarung über den Erhalt der Verkehrssicherheit während der Bauphase sowie über die anschließende Erneuerung der Straßen geschlossen.

Danach kam es von Seiten der DB-Netze zum Streit. Sie verweigert heute die bereits im Oktober 2009 vereinbarten Erneuerungsarbeiten. Die DB hat dann ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben. Darin wurde festgestellt, dass die DB eine Summe von rund 850.000,00 € (Preisstand 05/2011) aufbringen müsste, um die Straßen nach den Regeln der Technik wieder herzustellen. Doch anstatt daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Straße in Ordnung zu bringen, war die DB nur bereit, 200.000,00 € anzuerkennen und zu bezahlen. Mittlerweile hat sie ihr Angebot auf 400.000,00 € verdoppelt; und dieses nur auf erheblichen Druck von Bundestags-, Landtags- und Kreistagsabgeordneten, der beiden Bürgermeister und auf öffentlichen Druck über die Medien. Dieses hat zwar Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen gebracht, die Bahn mauert jedoch nach wie vor.

Die Mitglieder des Plöner Kreistages stellen sich vor ihre Gemeinden und fordern nunmehr die Deutsche Bahn auf, ihrem eigenen Gutachten zu folgen und ihren finanziellen Verpflichtungen nach zu kommen.

Es kann nicht sein, dass hier ein riesiger Konzern in Form eines Pokerspieles versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. So geht man mit ehrenamtlich verwalteten Gemeinden nicht um.

Eine als letztes Mittel vorbereitete Klage der Gemeinden gegen die DB sollte unterbleiben, denn die kostet allen Beteiligten nur viel Zeit und Geld. Der Bürger als Steuerzahler würde dann ohnehin wieder die "Zeche bezahlen müssen".

Daher bittet der Kreistag gleichzeitig die Landesregierung um die Abwendung einer gerichtlichen Auseinandersetzung und die Herbeiführung einer einvernehmlichen Lösung.